

## Die Zensur in Deutschland.

Eine Debatte im deutschen Reichstag.

\* Wien, 12. Januar.

Im Haushaltsausschuß des deutschen Reichstages, der am Montag seine Arbeiten wieder aufgenommen hat, wurde eine interessante Debatte über Zensur und Belagerungszustand abgeführt. Die Sozialdemokraten beantragten, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt werde. Die Nationalliberalen beantragten, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß 1. unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmebestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pres-

freiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken; 2. daß beim Kriegspresseamt und bei allen Generalkommandos Presseabteilungen aus Vertretern der Militärbehörde und sachverständigen Zivilpersonen gebildet werden; 3. daß jedem Zeitungsverbot zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen muß. Die Verhandlungen nahmen nach dem Vorwärtsfolgenden Verlauf:

## Die gesetzgebende Tätigkeit der Generale.

Sozialdemokrat Abg. Dittmann führte in Begründung des sozialdemokratischen Antrages aus: Der heutige Zustand ist ungesetzlich, denn er steht im Widerspruch mit der Verfassung. Die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes sind nicht gegeben; mit Ausnahme von einem Teil der Reichslande ist kein deutsches Gebiet vom Feinde bedroht. Das öffentliche Leben ist zurzeit in Deutschland völlig unterbunden. Die kommandierenden Generale üben nicht bloß eine vollaufziehende, sondern direkt eine gesetzgebende Tätigkeit aus. Damit werden die Parlamente geradezu ausgeschaltet. Zum Schutz militärischer Dinge genüge völlig das Spionagegesetz. — Wie steht es mit der Verantwortlichkeit der Generale? Die Zensur arbeitet nicht nur langsam, sie unterdrückt auch die freie Meinungsäußerung. Die Zensur streicht Artikel völlig harmlosen Inhalts. Das Versammlungsrecht ist so gut wie beseitigt; man gestattet nicht einmal, Kritik an den Regierungsmaßnahmen in der Erörterungsfrage zu üben. Man hat auch versucht, die Parlamentsöffentlichkeit zu unterbinden. Diese Zustände sind geradezu unhaltbar.

Ministerdirektor Dewald behauptet, daß der Belagerungszustand zu Recht verhängt ist; die Voraussetzungen sind schon dann gegeben, wenn das Reichsgebiet bedroht ist. Verantwortlich sind die kommandierenden Generale nur dem Kaiser. Der Reichskanzler hat dafür keine Verantwortlichkeit zu tragen. Durch die Schaffung des Kriegspresseamtes ist für die Presse eine wesentliche Einschränkung eingetreten. Die Zensur ist nötig; sie besteht in allen kriegsführenden Staaten.

## Amtliche Nachrichten unter Zensur.

Abg. Fischbeck (fortschrittliche Volkspartei) erklärt, daß seit dem Bestehen des Kriegspresseamtes der Zustand sich erheblich verschlechtert hat. Die Zensur unterdrückt auch Dinge, die lediglich den Unternehmern un bequem sind. Ein erheblicher Teil der Schuld liegt in der Person der Zensoren. Die Zeitungen werden sogar verantwortlich gemacht für Fehler, die von der Zensur selbst begangen worden sind. Dabei werden die einzelnen Zeitungen ganz verschieden behandelt. Ein Zensor in Schlesien übt sich sogar in Verbesserungen des Stils der Zeitungen; ein Zitat von Lenau, das ihm nicht gefiel, dichtete er einfach um! Selbst die amtlichen Nachrichten der Stadt Berlin sind unter Zensur gestellt worden. Die Erörterung der Differenzen zwischen der Stadt Berlin und dem Zweckverband ist vom Oberkommando einfach verboten worden. Redner greift dann den Loebellischen Presseerlaß scharf an, durch den die Presse in absolut unzulässiger Weise beeinflusst werden soll. Zeitungen, die die Artikel der betreffenden Korrespondenz nicht abdrucken wollen, wurden mit Zensurmaßnahmen bedroht. Dieser Erlaß des preussischen Ministers des Innern bedeutet den schlimmsten Bruch des Kriegsfriedens.

## Die Zensur des Auswärtigen Amtes.

Abg. Graf Westarp (konservativ) bespricht den Einfluß des Auswärtigen Amtes auf die Zensur. Das Vorgehen gegen einen Teil der Presse ist durchaus einseitig; darunter leidet ganz erheblich die — konservative Presse. (Große Heiterkeit.) Ein Beschluß des engeren Vorstandes der konservativen Partei ist von der Zensur verstümmelt worden; dagegen durfte eine Kundgebung des sozialdemokratischen Vorstandes veröffentlicht werden. Die linksstehende Presse erfreut sich einer weit größeren Freiheit.

Unterstaatssekretär Zimmermann stellt fest, daß das Auswärtige Amt nur insofern sich der Zensur bediene, als dies im Interesse des Ressorts liegt.

## Der Schutz von Einzelpersonen.

Abg. Weinhausen (Fortschr.): Die Verhältnisse sind im Lauf der Zeit immer schlechter geworden. Zuerst besaß die Zensur nur mit militärischen Fragen, jetzt hat sie auch die politische Haltung in den Kreis ihrer Machtvollkommenheit gezogen. Die Pressenkonzessionen sind zu bloßen Instruktionsstunden für Journalisten geworden. In der Zensur herrscht eine vollständige Zensurenfreiheit. Die Vorschriften sind derart angewachsen, daß sie heute kaum mehr übersehen werden können. Die Presse muß mindestens eingehend informiert werden. Die Zensur stellt sich auch schützend vor Einzelpersonen; sie macht auch nicht halt vor lokalen Dingen. Man verbietet Theaterstücke, das Singen harmloser Lieder, ja, man hat sogar verboten, daß Damen in öffentlichen Lokalen rauchen. Die Zensur verbietet Zeitungen ohne Rücksicht auf den enormen Schaden, der damit verbunden ist. Man sollte aber doch mindestens erwarten dürfen, daß die Verbote auch begründet werden. Die Oberzensurstelle hat sogar versucht, die Berichte über Parlamenten Verhandlungen zu unterdrücken. Das Kriegspresseamt hat dahin gewirkt, daß die Zensur eine weitere Verschärfung erfuhr. Eine solche Behandlung hat die Presse Deutschlands wahrlich nicht verdient. Die Zensur soll sich nur auf militärische Dinge beziehen.

## Die innere Politik unter Zensur.

Abg. Dr. Stresemann (nationalliberal) beschäftigt sich mit dem Loebellischen Presseerlaß, der allerdings auch den Reichstag angeht, um so mehr, als die dort empfohlene Korrespondenz auch zu Wahlzwecken benützt werden soll. Der amtliche Apparat wird dazu benützt, die Zeitungen zu zwingen, bestimmte Artikel aufzunehmen. Eine Kritik an diesem Zustand wird schließlich von der Zensur unterdrückt. Soll diese Korruption der öffentlichen Meinung vielleicht der Beginn der Neuorientierung sein? Daß man die innere Politik unter Zensur stellt, ist völlig unhaltbar. Mit der Einschränkung der Pressefreiheit leistet man Deutschland den schlechtesten Dienst. Das Ausland kennt unsere Verordnungen, kennt unsere Parlamentsverhandlungen; aber die Presse darf nichts schreiben. Das Verbot der Versammlungen, die Einreichung des Manuskripts der Reden sind Dinge, die sinnlos sind. In England wird an der Regierung die schärfste Kritik geübt. Darin zeigt sich gerade die Stärke dieses Landes. Deshalb kann es auch nicht von Nachteil sein, wenn man sich in Deutschland frei aussprechen darf. Unter allen Umständen muß gefordert werden, daß endlich die Erörterung der Kriegsziele freigegeben wird. Die Wirkung einer solchen Diskussion auf das Ausland soll man nicht überschätzen. In der öffentlichen Meinung